



Ihre Gesprächspartner:

Dr. Manfred Scheuer

Dr. Johann Kalliauer

Bischof der Diözese Linz

Präsident der AK Oberösterreich,

Landesvorsitzender des ÖGB

Oberösterreich

AK, Katholische Kirche und ÖGB stellen sich die Frage:

In welcher Gesellschaft wollen wir leben?

Pressekonferenz

Freitag, 5. Oktober 2018, 10:30 Uhr

Arbeiterkammer Linz

In welcher Gesellschaft wollen wir leben?

Schon seit vielen Jahren bewährt sich die gute Kooperation zwischen der Diözese Linz und den Arbeitnehmervertretungen Arbeiterkammer (AK) und Österreichischer Gewerkschaftsbund (ÖGB). Viele Fragen zur Würde des Menschen, zu humaner Arbeitsgestaltung oder zu einem arbeitsfreien Sonntag berühren sowohl kirchliche als auch weltliche Organisationen. Jetzt widmet sich eine gemeinsame Tagung unter dem Titel „In welcher Gesellschaft wollen wir leben?“ aktuellen Herausforderungen durch die steigende Ungleichheit, die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise, das Bröckeln der Europäischen Union, die Angst- und Ausgrenzungspolitik, den Abbau von demokratischen Mitbestimmungsrechten oder den Klimawandel.

Die bisherige Zusammenarbeit von Arbeiterkammer, Katholischer Kirche und Gewerkschaftsbund bildete eine breite mahnende Allianz, um auf gesellschaftliche, soziale oder wirtschaftliche Fehlentwicklungen hinzuweisen. Immerhin vertritt die AK mehr als 600.000 Arbeitnehmer/-innen, die Katholische Kirche knapp 960.000 Gläubige und der ÖGB mehr als 240.000 Mitglieder. Bei der heurigen Tagung ist die Fragestellung grundsätzlicher und breiter angelegt. Die Frage „In welcher Gesellschaft wollen wir leben?“ ist der ureigenste Inhalt philosophischen und politischen Denkens.

Der gesellschaftliche Wertekorridor bewegt sich immer mehr auseinander – von individueller Leistungsstärke und Wettbewerbsfähigkeit bis hin zu Solidarität, Nachhaltigkeit, Verteilungsgerechtigkeit und dem Bekenntnis zu den Menschenrechten. Dabei werden Werte häufig auch benutzt oder gar konstruiert, um zu polarisieren. AK, Kirche und ÖGB sind über derartige Entwicklungen der Polarisierung, die letztendlich zur Spaltung von Gesellschaften und tiefen Klüften führen, besorgt.

Deshalb haben sich die drei Organisationen zum Ziel gesetzt, gemeinsame Werte abzustecken und gemeinsame Vorstellungen von der Zukunft auszuarbeiten. Im Mittelpunkt stehen dabei aufgrund der aktuellen Entwicklungen auch Fragen der Gerechtigkeit. Bereits 2010 haben AK, katholische Kirche und ÖGB im gemeinsamen **Manifest für Gerechtigkeit** folgendes festgeschrieben:

„Eine Gesellschaft bietet nur dann die Grundlage für ein gutes Leben für alle, wenn sie fair gestaltet ist und allen eine gerechte Teilhabe an den wirtschaftlichen Gütern ermöglicht. Insbesondere gilt dies für die Arbeitswelt. Arbeit ist ein Menschenrecht, sie muss daher fair verteilt, sinnstiftend, allen zugänglich und existenzsichernd sein. Eine solidarische Absicherung ist Grundbedingung für gesellschaftlichen Zusammenhalt und sozialen Frieden, und damit eine wesentliche Grundlage der Demokratie.“

AK-Präsident und ÖGB-Landesvorsitzender Dr. Johann Kalliauer:

Welches Wirtschaftssystem wollen wir?

Die zentrale Grundregel – sie gilt für Arbeitnehmervertretungen als auch Kirche gleichermaßen – lautet: **Das Wirtschaftssystem muss den Menschen dienen – und nicht umgekehrt.**

Damit das Wirtschaftssystem in diesem Sinne kein „Eigenleben“ führt und Marktteilnehmer/-innen nicht unkontrolliert agieren, sind **Regulierungen** notwendig. Unkontrolliertes Agieren ist in einer kapitalistischen Marktwirtschaft nämlich immer zum Vorteil jener, bei denen Macht und Kapital konzentriert sind.

Das Versprechen, wonach eine gute wirtschaftliche Entwicklung durch den „Trickle-Down-Effekt“¹ allen zugutekommen würde, wird nicht gehalten. Freie Märkte haben keine Wertorientierung, sie streben nach Profit. Ob dabei Arbeitslosigkeit, Umweltverschmutzung, gesellschaftliche und soziale Verwerfungen, Armut oder auch Finanz- und Wirtschaftskrisen entstehen, spielt für Märkte keine Rolle. Das muss Aufgabe staatlicher Regulierung sein.

Die Intensität staatlicher Regulierung ist und war in der Vergangenheit nicht immer konstant. Wirtschaftsforscher Stephan Schulmeister, Impulsgeber im Rahmen der gemeinsamen Tagung, erläutert die Entwicklung:

„In den 1950er und 1960er Jahren lenkte eine strikte Regulierung der Finanzmärkte das Profitstreben auf Aktivitäten in der Realwirtschaft, bei hohem und stabilem Wachstum der Investitionen wurde schon um 1960 Vollbeschäftigung erreicht. Dies verbesserte die Verhandlungsposition der Gewerkschaften und trug wesentlich zum Anstieg der Lohnquote und zu einem Rückgang der Ungleichheit in der personellen Einkommensverteilung bei.“

¹ Der Trickle-Down-Effekt (trickle = sickern) behauptet, dass Wirtschaftswachstum und allgemeiner Wohlstand der Reichen nach und nach durch deren Konsum und Investitionen in die unteren Schichten der Gesellschaft durchsickern würden.

Seit den 1970er Jahren konzentriert sich das Profitstreben zunehmend auf Finanzveranlagung und -spekulation, Arbeitslosigkeit und atypische Beschäftigung sind gestiegen, die Ungleichheit in der personellen und funktionellen Einkommensverteilung nahm zu, und damit auch die Ungleichheit in der Vermögensverteilung.“

Die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs baut maßgeblich auf sozialpartnerschaftlichen Kompromissen auf.

Problematisch ist aber, wenn eine Gesellschaftsgruppe wirtschafts- politisch dominant wird und damit der Ausgleich von Interessen ins Hintertreffen gerät. Eine derartige Politik führt nicht zu einer positiven gesellschaftlichen Weiterentwicklung. Ulrich Brand von der Universität Wien, ebenfalls Impulsgeber der Tagung, meint:

„In Österreich hat sich die neoliberale Politik aufgrund von Sozialpartnerschaft und starken Interessenvertretungen nicht so stark durchgesetzt wie etwa in den USA, Großbritannien oder vielen Süd-Ländern. Aber auch hier gibt es starke Interessen an neoliberaler Politik wie das jüngste Gesetz zum 12-Stunden-Tag und zur 60-Stunden-Woche zeigt.“

Was ist wirtschaftspolitisch notwendig für eine positive gesellschaftliche Weiterentwicklung?

Nicht jedes Wachstum bringt auch Fortschritt mit sich. AK und ÖGB setzen sich für eine sozial und ökologisch ausgerichtete Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik ein, in der bei Bedarf auch eine starke öffentliche Hand eingreift. So können bestehende Schieflagen (z.B. in der Verteilung von Einkommen, Vermögen, Bildung, Steuern sowie Macht und Möglichkeiten) beseitigt werden.

Die Realwirtschaft muss nach Ansicht der Arbeitnehmervertretungen weiter gefördert werden – umgekehrt aber müssen Fehlentwicklungen in der Finanzwirtschaft mittels restriktiver Regulierungen eingedämmt werden. Der sozial- und wirtschaftspolitische Kurs des Landes muss weiterhin von sozialem Ausgleich und einer starken konsensorientierten Sozialpartnerschaft gekennzeichnet sein.

Es soll „gute Arbeit“ für alle möglich sein. Gute Arbeit besteht aus mehreren Bausteinen: Arbeit muss fair verteilt sein, die Wertschöpfung muss Arbeitnehmern/-innen in einem gerechten Ausmaß zuteil werden, Arbeit muss existenzsichernd, würdevoll und sinnstiftend

sein – und es bedarf guter Arbeitsbedingungen und Mitbestimmungsmöglichkeiten.

Welchen Sozialstaat wollen wir?

Im Vordergrund einer Diskussion über die soziale Sicherheit sollten zwei Fragen stehen:

Wer leistet welchen Beitrag zur Finanzierung? Hier gibt es eine extreme Schieflage in Österreich. Etwa acht von zehn Steuereuros stammen von Arbeitnehmern/-innen und Konsumenten/-innen. Unternehmen und Vermögende tragen nur einen von zehn Steuereuros bei, ausschließlich von Vermögen stammen überhaupt nur rund zehn Cent.

Wer verfügt über die Beitragseinnahmen? Die demokratische, regionale Selbstverwaltung der Sozialversicherung ist das Eigentum der 1,2 Millionen versicherten Arbeitnehmer/-innen und Angehörigen in Oberösterreich. Sie sichert bedarfsgerechte medizinische Versorgung – und damit Sicherheit ohne Profitinteresse.

Dabei darf nicht übersehen werden: Zwischen dem Ausbau sozialer Sicherheit und der wirtschaftlichen Entwicklung gibt es zahlreiche Wechselwirkungen.

Alle Menschen profitieren von einem guten Sozialstaat. Es braucht deshalb einen weiteren fortschrittlichen Ausbau sozialer Sicherheit in Österreich.

Karin Heitzmann von der Wirtschaftsuniversität Wien und Impulsgeberin der gemeinsamen Tagung meint:

„Die EU-Kommission, die OECD und auch die Weltbank empfehlen [...] die Etablierung eines Sozialinvestitionsstaats, der stärker an traditionell sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten orientiert ist. Im Fokus dieser Reformoption stehen vor allem präventive sozialpolitische Maßnahmen [...], das Angebot von öffentlichen Dienstleistungen im Pflege- und Betreuungsbereich, aber auch (weitere) Investitionen in (künftige) Erwerbstätige, damit diese einerseits durch ihre Erwerbsarbeit den Sozialstaat finanzieren,

gleichzeitig aber auch auf Grund der dadurch erzielten ökonomischen Unabhängigkeit aktuell und künftig möglichst wenig sozialstaatliche Unterstützung benötigen.“

In einer reichen Gesellschaft sollte es möglich sein, allen Menschen eine würdevolle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen und nicht einzelne Gruppen davon auszugrenzen. Einschnitte im Sozialstaat können den sozialen Frieden ins Wanken bringen. So können etwa die geplante Abschaffung der Notstandshilfe, aber auch die fortwährende Schlechterstellung sozial Benachteiligter den österreichischen Sozialstaat nachhaltig schwächen.

Was ist sozialpolitisch notwendig?

Sozialpolitik muss nicht nur für soziale Sicherheit für alle sorgen, sondern auch Chancengleichheit ermöglichen, soziale Mobilität fördern, Humanität großschreiben, Generationengerechtigkeit hochhalten, Zusammenhalt leben und Türöffner für künftige Generationen sein.

So kann der Sozialstaat Sicherheit vermitteln, Ängste nehmen, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Spaltung in „Gewinner“ und „Verlierer“ eindämmen, einen gesellschaftlichen Konsens für Humanität bereiten und ein „Wir-Gefühl“ stärken. Für Ausgrenzung und Angstmake darf kein Platz sein und Humanität darf nicht zu einer Frage der Finanzierbarkeit werden. Migration sollte vermehrt aus dem Blickwinkel von Chancen – und nicht nur von Risiken – beleuchtet werden.

Der Sozialstaat muss eine fair verteilte und solide Finanzbasis bekommen. Auch hier müssen Schieflagen beseitigt werden. Bei Pflege, Bildung und Kinderbetreuung besteht dringender Handlungs- und Ausbaubedarf. Zukunftsinvestitionen in diesen Bereichen dürfen nicht auf dem Altar der „internationalen Wettbewerbsfähigkeit“ geopfert werden.

Diözesanbischof Dr. Manfred Scheuer

In welcher Gesellschaft wollen wir leben?

DIE österreichische Gesellschaft gibt es streng genommen nicht. Es haben sich Lebenswelten herausgebildet, die manchmal mehr, manchmal weniger Berührungspunkte aufweisen. Wenn man die österreichische Bevölkerung in ihrer Gesamtheit als „Gesellschaft“ betrachtet, dann ist die Zurkenntnisnahme und das In-Beziehung-Bringen der unterschiedlichen Gesellschaftsformen (Milieus) und -gruppen eine grundlegende Aufgabe für die politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger, aber auch für gesellschaftliche Akteure wie Kammern, InteressenvertreterInnen, Gewerkschaften oder auch Kirchen.

Die Frage „In welcher Gesellschaft wollen wir leben?“ ist vor allem eine Frage nach dem WIE des Zusammenlebens auch über unser Land hinaus. Wie entsteht Gemeinsames über die eigene Gruppe hinaus? Das christliche Menschenbild hat Österreich, hat Europa geprägt. Die Kirche rückt den konkreten Menschen in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen und steht ein für ein gutes Leben für alle Menschen. Dabei geht es natürlich um Individuen, aber auch um den kritischen Blick auf Strukturen und Dynamiken, die das Leben fördern oder es im Gegenteil erschweren. Der Begriff des Gemeinwohls z. B. in der Form einer solidarischen Absicherung bei Krankheit oder durch den Zugang zu leistbarem Wohnen ist so bedeutsam wie eh und je. Ebenso bleibt die Betonung gemeinsamer Güter (common goods) wie Wasser, gesunde Luft vorrangige Aufgabe.

Eine Zugehörigkeit zur Gesellschaft wird durch mehrere Faktoren des Lebens maßgeblich geprägt: Beziehungen, Freundschaft und Liebe, Wohnen, Schule, Kultur und Bildung sind hier als zentrale Bereiche zu nennen. Und natürlich auch die Erwerbsarbeit. Was tue ich mir bei der Arbeit an? Was tut mir die Arbeit an? Das sind Fragen, denen wir in der Pastoral begegnen. Erwerbsarbeit braucht

einen Rahmen, der schützt und Grenzen setzt. Für ein gutes Zusammenleben braucht es aber auch unbezahlte Arbeit – denken wir an die vielen Freiwilligen, an Nachbarschaftshilfe, an Vereine und NGOs, aber auch an die viele Betreuungs- und Pflegearbeit in Familien. Die Erwerbsarbeit steht neben diesen Formen von Arbeit. Unbezahlter Arbeit, freiwilligem Engagement und (Freizeit-)Aktivität muss genügend Raum gegeben und Wertschätzung entgegengebracht werden.

Oft ist die Rede von einer solidarischen Gesellschaft. In Österreich wurden hierfür durch die Tradition einer tragfähigen Sozialpartnerschaft gute Grundlagen gelegt. In einer solidarischen Gesellschaft kommt auch der Generationengerechtigkeit zentrale Bedeutung zu: Da gibt es die Verantwortung gegenüber der jungen Generation sowie den noch kommenden Generationen – wobei hier Fragen der Bildung sowie der Ökologie eine entscheidende Rolle spielen. Auch sind Bedingungen zu schaffen, in der die älteren Generationen ihr Leben erfüllt und in Würde gestalten können, und einer Altersarmut insbesondere von Frauen ist durch politische Maßnahmen vorzubeugen. Es wäre völlig unverantwortlich, die aus dem christlich-demokratischen Denken entstandenen Solidaritätsstrukturen der Gesellschaft zu entsorgen und durch einen Kapitalismus des totalen Laissez-faire zu ersetzen (Ingeborg Gabriel)². Wie Ulrike Guérot, Referentin bei dieser Tagung, betont, müssen auch auf der Ebene der Europäischen Union Wege gesucht werden, das Soziale in den politischen Prozess verstärkt zu integrieren und die Demokratisierung der EU voranzutreiben.

Ver mehrt stellt sich die Frage nach der Balance zwischen Freiheit und Sicherheit. Angesichts vermeintlicher und tatsächlicher Bedrohungen steht derzeit der Ruf nach Sicherheit im Vordergrund. Das geht zu Lasten der Freiheit, aber auch zu Lasten der universalen Geltung der Menschenrechte. Es wäre fatal, wenn europäische Werte wie Toleranz verschwinden und Menschen mit abweichenden Meinungen mundtot gemacht werden.

Es braucht ein neues Nachdenken über die Bedeutung des Rechts für die Humanität, des Rechtsstaates für ein friedliches Zusammenleben und für das Gemeinwohl. Das Gegenteil von Recht ist nicht die Freiheit und die Liebe, sondern das Unrecht, die Barbarei, die Will-

² Ingeborg Gabriel, Solidarstrukturen aufgeben ist unverantwortlich, in: Kathpress 17.09.2018.

kür und die Unterdrückung. Es wäre fatal, wenn Recht zu bekommen zu einer Frage der Macht und des Geldes verkommen würde. Rechtskultur und Rechtsstaatlichkeit sind eine Zukunftsfrage für unsere Gesellschaft.

Politische, ethnische, soziale, kulturelle und religiöse Spannungen und Konflikte, Kriege, Klimawandel oder auch das zügellose Verfolgen ökonomischer Interessen haben Verwerfungen im ökologischen, demografischen und gesellschaftlichen Bereich zur Folge: Die Globalisierung bringt es mit sich, dass wir Rohstoffe, fossile Energie, aber auch T-Shirts, Smartphones etc. konsumieren und uns gar nicht bewusstmachen oder bewusstmachen wollen, unter welchen Bedingungen diese produziert wurden. Ulrich Brand hat in seinem Impuls von einer imperialen Lebensweise gesprochen, die im Alltag der Menschen hierzulande und in vielen Ländern des Nordens gelebt wird. Es darf daher zu Recht eine asketische Kultur, die das Maßhalten, die Bescheidenheit, die Selbstbeherrschung in den Vordergrund rückt, gefordert und gefördert werden. Ein Anliegen, das auch Papst Franziskus in seiner Enzyklika *Laudato si* vehement vertritt³.

³ Papst Franziskus, Enzyklika *Laudato si*. Über die Sorge für das gemeinsame Haus, Vatikan Juni 2015.